



Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit
Sprecher für den Atomausstieg der
Fraktion DIE LINKE.

Pressemitteilung

Urananreicherungsanlage Gronau: Dauer-Zwischenlager nicht in Betrieb nehmen!

Berlin, 18.06.2014

Bezug:
Anlagen: 1

Hubertus Zdebel, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.806

Telefon: +49 30 227-74332

Fax: +49 30 227-76332

hubertus.zdebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro Münster:

Achternannstr. 19

48143 Münster

Telefon: +49 251 4909246

Fax: +49 251 4900352

Wahlkreisbüro Gelsenkirchen:

Wildenbruchstr. 17

45888 Gelsenkirchen

Telefon: +49 209 91358855

Fax: +49 209 91358857

„Das Uranoxid-Zwischenlager der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau darf nicht in Betrieb gehen, bis die Endlagerkommission ihre Arbeit beendet und einen tragfähigen Entsorgungsvorschlag für den Gronauer Uranmüll auf den Tisch gelegt hat“, fordert MdB Hubertus Zdebel, Sprecher für den Atomausstieg der Bundestagsfraktion DIE LINKE, und Mitglied der Endlagersuchkommission.

Aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE (BT-Drucksache 18/1466) geht hervor, dass die Bundesregierung nun doch die anfallenden Rückstände aus der UAA Gronau bei der Endlagerplanung als eventuell anfallende radioaktive Abfälle berücksichtigen wolle.

„Solange unklar ist, was mit dem Uranmüll langfristig passieren soll, dürfen vor Ort in Gronau keine nicht-revidierbaren Fakten geschaffen werden“, so Zdebel.

Laut Bundesregierung ist die Bauzustandsbesichtigung für das neue Uranoxidlager der UAA Gronau für den 25. Juni vorgesehen.

Zdebel weiter:

„Bis heute ist unklar, was mit dem abgereicherten Uran, sozusagen dem Abfallprodukt der Urananreicherung in Gronau, geschehen soll. Angesichts der ungeklärten Endlagerung dieses Atom Mülls muss die UAA Gronau sofort geschlossen werden. Da sie vom "Atomausstieg" ausgenommen ist, produziert sie sonst auf Jahrzehnte unbegrenzt weiter und trägt dazu bei, dass der Müllberg wächst und wächst.“

Es ist höchst bemerkenswert, dass laut Bundesregierung die Endlagerung des abgereicherten Urans aus der UAA Gronau nun doch bei der Endlagersuche mitbedacht werden soll. Denn der Gronauer Atom Müll ist offiziell noch immer als Wirtschaftsgut deklariert. URENCO betrachtet abgereichertes Uranhexafluorid nicht als Atom Müll, sondern deklariert ihn als Wertstoff, dessen wiederholte Nutzung sich dann lohnen sollte, wenn der Uranpreis steigt. Diese Behauptung von URENCO dient vor



allem dazu, vom Problem der fehlenden Endlagermöglichkeiten für die wachsenden Atommüllberge abzulenken. Deshalb hält URENCO an der Legende vom Wertstoff fest.

Trotz der immensen Risiken lagern große Mengen abgereicherten Uranhexafluorids ungeschützt unter freiem Himmel auf dem Gelände der Uranfabrik in Gronau. Inzwischen fast 20.000 Tonnen, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage einräumt. Das ist ein historischer Höchststand und im Vergleich zu früheren Antworten der Bundesregierung mehr als eine Verdopplung der Uranmenge.

Auch für den in Uranoxid umgewandelten Strahlenmüll in Gronau gibt es keine Lösung. Zurzeit wird abgereichertes Uranhexafluorid per Zug oder LKW nach Frankreich transportiert, dort zu Uranoxid umgewandelt und dann wieder zurück nach Gronau transportiert. In Gronau soll es in einer Halle auf dem UAA-Gelände zwischengelagert werden, ohne dass die Endlagerung auch nur im Ansatz geklärt wäre. Vor diesem Hintergrund ist die Auskunft der Bundesregierung höchst interessant, dass die Genehmigung der Landesregierung zur Inbetriebnahme des Uranoxid-Zwischenlagers auch versagt werden kann, wenn seit Erteilung der ursprünglichen Genehmigung von 2005 neue Erkenntnisse aufgetaucht sind.

Hinsichtlich der geplanten Privatisierung der URENCO setze ich mich ferner dafür ein, dass die Rückstellungen im Wert von 171 Millionen Euro für die Entsorgung und Stilllegung der Anlage in Gronau in einem öffentlichen Fonds gesichert werden, ohne URENCO aus der Haftung zu entlassen.“